



Neues aus dem Landtag und der Region

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Weggefährten,

schon wieder ist ein Jahr vergangen voller Ereignisse und wichtiger Entscheidungen. In der Landespolitik war nach wie vor der Skandal um die Bayerische Landesbank ein wichtiges Thema. Im Innenteil dieser Ausgabe der LandtagsNotizen haben wir noch einmal das Debakel chronologisch aufgelistet.

Einen sehr gut besuchten Sozialempfang für ehrenamtlich Tätige konnten wir in Hassfurt abhalten. Die positiven Rückmeldungen der Vereine und Verbände zeigen mir, wie wichtig es ist, stets im Gespräch zu bleiben.

In der zweiten Jahreshälfte war ich zusammen mit anderen Landtagsabgeordneten auf RegionalTour. Die interessanten und spannenden Eindrücke werden jetzt in meine politische Arbeit einfließen.

Im Stimmkreis von Reinhold Strobl informierte ich mich über den Ausbau der Akut-Geriatrie. Insgesamt steht die Akut-Geriatrie durch die „Rössler’schen Reformen“ vor großen finanziellen Herausforderungen, der Ausbau in Bayern wird sich verzögern. Mit Diana Stachowitz war ich in Schweinfurt unterwegs. Wir besuchten dort die Frühförderstelle der Lebenshilfe e.V. und das Ausbildungszentrum der SKF.

Als Gesundheitspolitikerin habe ich auch sehr gerne an der RegionalTour meines Landtagskollegen Dr. Paul Wengert im Allgäu teilgenommen. Besonders interessant war hier das Fachgespräch mit Jugendamt und Klinik zur Problematik des „Koma-saufens“

Natürlich war ich auch in meiner politischen Arbeit in München aktiv. So beschäftigte ich mich in meiner Funktion als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion mit dem Verbot von giftigen Stoffen in Kinderspielzeug. Ein von der SPD hierzu eingebrachter Antrag wurde jedoch leider abgelehnt.

Ende November wurde im Landtag das Bayerische Breitbandförderprogramm verlängert, bedarf nach Meinung der SPD jedoch noch einer Novellierung. Hierfür werden wir uns auch im neuen Jahr weiter einsetzen.

Auch Probleme, die im Stimmkreis an mich herangetragen wurden, versuchten wir zu lösen oder der Lösung ein Stück näher zu kommen. Beispiele hierfür sind die geplante Gasleitung in Zeitlofs, die Schweinemastanlage in Rannungen und die Gespräche mit dem Finanzministerium wegen des Steigenberger Areal. Besonderes öffentliches Interesse erzeugte hierbei die Anfrage zum Hallen-



schwimmbad in Münnerstadt. Die Anfrage zeigte Wirkung, es gab bereits Gespräche zwischen dem Bürgermeister und der Regierung von Unterfranken. Wir werden genau beobachten, was sich daraus ergibt.

Am letzten Donnerstag verabschiedeten sich die Mitglieder des Bayerischen Landtages in die Weihnachtsferien. Am Ende des Parlamentsjahres gab es sogar ein kleines Wunder. Ein Antrag der SPD und der Grünen zu der regionalen Bedarfserhebung bei den Regelsätzen der Kommunen wurde von allen Fraktionen angenommen. Vielleicht schaffen wir solche Abstimmungen im nächsten Jahr öfter.

Ich wünsche Euch allen frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das neue Jahr!

Herzliche Grüße

IN DIESER AUSGABE:

Mit Florian Pronold in Bad Kissingen und Mellrichstadt	2
20 Jahre Einheit und Freundschaft	
Antrag zum Biosphärenreservat Rhön	3
SPD-Abgeordnete auf Regionaltour in Miltenberg	
Erfolgreicher Sozialempfang in Hassfurt	4
Besuch der Nürnberger Drogenhilfe Mudra	
RegionalTour mit Diana Stachowitz in Schweinfurt	5
RegionalTour zum Thema Gesundheit	6
RegionalTour im Stimmkreis von Reinhold Strobl	
Gift in Kinderspielzeug: Chance verpasst	7
DSL-Ausbau vorantreiben	
Erneuerbare Energien & EEG – Vorurteile und Fakten	8
Die Chronologie der Landesbank	10
Landtagsfahrten & Weihnachtsgruß	12

Mit Florian Pronold in Bad Kissingen und Mellrichstadt

Im Rahmen seiner Sommerreise besuchte Florian Pronold, MdB, der Vorsitzende der BayernSPD und stellv. Fraktionsvorsitzende unseren Stimmkreis. Hierbei machte er Station in Bad Kissingen, wo er sich von Oberbürgermeister Kay Blankenburg die Situation der Kur und der freistaateigenen Gebäude, wie das Steigenberger Hotel oder das

Luitpold-Bad, erklären ließ. Ins Mehrgenerationenhaus waren die Vereine und Verbände der Stadt geladen, um über Probleme und Vorzüge der Vereinsarbeit zu sprechen.

In Mellrichstadt überzeugte sich Florian Pronold über den Fortgang des Stadtbau West. Bürgermeister Eberhard Streit gab

seiner Befürchtung Ausdruck, dass von Seiten der Bundesregierung angedacht sei, Gelder für die Städtebauförderung rapide zu kürzen.

Inzwischen sind die Zahlen bekannt und die Mittel für die Städtebauförderung sollen um bis zu 70% gekürzt werden.



20 Jahre Einheit und Freundschaft

Zur Feier von 20 Jahren Deutscher Einheit und 20 Jahren Freundschaft der SPD Ortsvereine Münnersstadt und Schleusingen in Thüringen hatten die Münnersstädter am 2. Oktober geladen und alle kamen. Nicht nur die befreundeten Genossen aus Schleusingen, sondern auch eine Abordnung des SPD Ortsvereins Ebern und Plettenberg kamen. Auch die örtliche Politprominenz ließ es sich nicht nehmen, ihre Glückwünsche zu überbringen.

Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke hielt eine beeindruckende und fesselnde Festrede, Susanne Kastner und Sabine Dittmar legten ihre Eindrücke der Wendezeit dar. Spannend war zuzuhören, wie unterschiedlich Ost und West den Oktober und November 1989 erlebt haben und wie fruchtbar und hilfreich die Freundschaften der Ortsvereine untereinander waren.



Antrag zum Biosphärenreservat Rhön



Nachdem Umweltminister Söder bei der Kabinettsitzung im Sommer in Bad Kissingen versprochen hatte, dass bis November diesen Jahres ein Vorschlag über die noch fehlenden Kernzonen des Biosphärenreservates Rhön eingereicht wird. Dieser Vorschlag ist jedoch noch nicht eingegangen. Aus diesem Grund habe ich erneut eine Anfrage ans Umweltministerium gestellt. Diese Anfrage lautet wie folgt:

Dem Biosphärenreservat Rhön droht die Aberkennung des Titels durch die Unesco, wenn nicht bis zur nächsten Evaluierung im Zeitraum 2012/2013 ausreichend Kernzonen ausgewiesen werden. Der bayerische Teil des Biosphärenreservates nimmt aktuell ca. 73.000 Hektar ein. Der Freistaat Bayern plant jedoch eine Ausweisung auf 130.500 Hektar. Derzeit sind 383 Hektar als Kernzone ausgewiesen; auf bayerischer Seite müssten aber 3.532 Hektar eingebracht werden, um die Forderungen des MAB-Komitees zu erfüllen. Staatsminister Söder hatte angekündigt, Ende November ein Konzept der geplanten Flächenausweisungen für die Kernzone des Biosphärenreservats vorzulegen. Ich frage deshalb die Staatsregierung:

1. Besteht bereits ein Konzept mit konkreten Flächenangaben für die benötigte Kernzone?
2. Wann wird dieses Kernzonenkonzept von Umweltminister Söder der Öffentlichkeit vorgestellt?
3. Wie ist die Aufteilung der Flächen zwischen Land, Bund und Kommunen?

SPD-Abgeordnete auf Regionaltour in Miltenberg

Im Rahmen einer kurzen Regionaltour im Landkreis Miltenberg, besuchten die drei SPD-Landtagsabgeordneten Harald Schneider, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und Sabine Dittmar Firmen und Einrichtungen im Landkreis. Bei der Firma Mainsite in Obernburg informierten sich die Abgeordneten in einem Gespräch mit der Firmenleitung und dem Betriebsrat über die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens und die geplante Expansion. Im Anschluss daran, stand eine Führung durch das Kraftwerk auf dem Programm. Auch der neuen Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt statten die Abgeordneten einen Besuch ab. Vor Ort wurden sie von Ingrid Kaiser, der Kreisvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, über das angelaufene Integrationsprojekt unterrichtet. Die letzte Station der Tour war die Polizeiinspektion Miltenberg, bei der momentan eine

angespannte Personallage herrscht und dementsprechend eine sehr hohe Belastung für die einzelnen Polizeibeamten vorliegt.



Erfolgreicher Sozialempfang in Hassfurt



Sehr gern angenommen wurde von den eingeladenen Selbsthilfegruppen, Verbänden und Vereinen der Ehrenamtsempfang der SPD Landtagsfraktion. In seiner Rede erläuterte Dr. Thomas Beyer die Wichtigkeit des Ehrenamts und ging auch auf die Schwierigkeiten der ehrenamtlich Tätigen ein. In den anschließenden Einzelgesprächen wurde klar, wie wichtig der ständige Austausch miteinander ist. Gern nahmen die Vertreter der Gruppen die Gesprächsangebote auch außerhalb des Empfangs über die Büros wahr.

Besuch der Nürnberger Drogenberatungsstelle Mudra

Anlässlich des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember haben die SPD-Gesundheitspolitikerinnen Sabine Dittmar und Kathrin Sonnenholzner Gesundheitsminister Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann aufgefordert, ihren Widerstand gegen die Einrichtung von Drogenkonsumräumen in Bayern aufzugeben. Doch die bayerischen Minister verharren in ihrer starren Haltung zu einem sinnvollen Element der HIV-Prävention für intravenös drogenabhängige Personen. Innenminister Herrmann und Gesundheitsminister Söder wetteten erst jüngst erneut gegen die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, obwohl beide nach eigenem Bekunden noch nie eine solche Einrichtung von innen gesehen haben. Sabine Dittmar: „Die beiden Minister verweigern eine nüchterne Auseinandersetzung mit den Ergebnissen von wissenschaftlichen Studien zur Evaluation von Drogenkonsumräumen.“ Drogenkonsumräume sind Einrichtungen, die für einen risikominimierenden, meist intravenösen Konsum von Heroin, Kokain und deren Derivaten eingerichtet sind. Die Konsumräume stellen ein steriles Spritzbesteck zu Verfügung und geben Pflaster und Tupfer ab. Der Besitz von mitgebrachten Drogen zum eigenen Konsum wird passiv geduldet. Drogenkonsumräume können nach dem

Betäubungsmittelgesetz durch eine Erlaubnisverordnung der Länder eingerichtet werden. In sechs Bundesländern existieren Drogenkonsumräume bereits. Die Bayerische Staatsregierung verweigerte bislang ihre Zustimmung zu einer solchen Erlaubnisverordnung obwohl wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig ergeben haben, dass sich mit Drogenkonsumräumen sowohl die Zahl der Drogentodesfälle als auch die Zahl an HIV- und Hepatitis-Neuinfektionen reduzieren lassen. Gleichzeitig werden die Konsumräume von ihrer Nachbarschaft durchaus als sinnvolle Präventionsmaßnahme akzeptiert und führen auch nicht zu einer offenen Drogenszene, wie das von Innenminister Herrmann behauptet wird. Eine Gruppe von Landtagsabgeordneten verschiedener Fraktionen hat sich in der Nürnberger Drogenberatungsstelle Mudra über die Chancen und Risiken von Drogenkonsumräumen informiert. Mudra-Geschäftsführer Berttram Wehner verwies auf die bisher 27 Drogentoten in diesem Jahr und merkte an: „Die Drogenabhängigen konsumieren ihre Drogen hier im Umfeld und sie konsumieren sie unter Bedingungen, die alles andere als optimal sind.“ Nach seiner Meinung würde ein Drogenraum auch genutzt. Für seinen Kollegen Klaus Thieme sind Drogenkonsumräume die schadensär-

mere Variante für die Gesellschaft, da ansonsten weiter in öffentlichen Toiletten, Parks und Wohnungen konsumiert wird. Sabine Dittmar: „Wir fordern daher die Bayerische Staatsregierung auf, von ihrer Blockadehaltung gegenüber diesem sinnvollen und wirksamen Instrument der HIV-Prävention und Risikoreduktion abzurücken und endlich die Erlaubnis zur Einrichtung von Drogenkonsumräumen zu erteilen!“



RegionalTour mit Diana Stachowitz in Schweinfurt

Im Rahmen der Regionaloffensive will sich die Landtags-SPD in allen Regionen des Freistaats bemerkbar machen. Weil aus dem Stimmkreis Schweinfurt kein Sozialdemokrat im Landtag sitzt, betreut Sabine Dittmar diesen, als Abgeordnete des Stimmkreises Bad Kissingen, mit. Beim Besuch von drei Einrichtungen im Betreuungsstimmkreis Schweinfurt wurde Sabine Dittmar von Diana Stachowitz, der familienpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und

Fortgesetzt wurde die Tour in der SKF-Ausbildungswerkstatt, wo die beiden Landtagsabgeordneten von dem Leiter des Ausbildungszentrums, Jürgen Strürzenbach, dem Personalchef und einem Stellvertreter des Betriebsrates empfangen wurden. Die Ausbildungszahl wurde bei der SKF vor drei Jahren um 10 % erhöht und seit zwanzig Jahren konnten meist alle Auszubildenden übernommen werden. Seitens des Betriebsrates wurde insbesondere die sehr familien-

freundliche Personalpolitik der SKF gelobt, die ihren Angestellten und Arbeitern die Wahl zwischen verschiedenen Arbeitszeitmodellen ermöglicht. Als Ärztin zeigte sich Sabine Dittmar auch erfreut über das gute Gesundheitsmanagement des Betriebes, der Informationswochen zu Themen wie Impfen, Herzkrankheiten und Arbeitssicherheit organisiert. Derzeit beschäftigt die SKF insgesamt 4.500 Mitarbeiter, die im Durchschnitt rund 43 Jahre alt sind.

und zu erneuern. Die Kosten für eine Drainage und einen Kunstrasen für das Fußballfeld seien für den Verein allein nicht zu schultern. Es werde Verhandlungen mit der Gemeinde um Hilfe geben müssen. Ein anderer Sportfunktionär fragte, warum Sanierungen an Sportstätten erst ab 50.000 € Gesamtkosten vom Freistaat Bayern gefördert werden. Kleinere Erneuerungsarbeiten, die jedoch einen gewissen Rahmen sprengen, können sich kleinere Vereine auch nicht immer leisten, und auch die Eigenleistung bei so hohen Gesamtkosten können kaum erbracht werden. Diana Stachowitz, früher Sportstadträtin von München, erklärte: „In München gibt es einen Sportentwicklungsplan, nach dem sich Stadt und Vereine richten.“ Allerdings bestätigte sie die Schwierigkeit der hohen Mindestfördersumme und gab auch zu bedenken, dass es ein Übel sei, wenn Vereine nach einer Investition über sechs Jahre auf die Zuschüsse warten müssten. Die Schwierigkeit für Sportvereine, Nachwuchs zu finden, war ein weiteres Thema bei diesem Besuch. Viele Menschen besuchen heutzutage Fitnessstudios und kehren den Vereinen den Rücken, auch wenn hier wertvolle Arbeit geleistet wird zu einem wesentlich geringeren Preis. Die beiden Landtagsabgeordneten ermutigten die anwesenden Vertreter der Sportvereine zum weitermachen, neue und innovative Ideen seien immer gefragt.



Sabine Dittmar und Diana Stachowitz mit Kathi Petersen, stellvertr. Vorsitzende der Lebenshilfe Schweinfurt und Irma Karl, der Leiterin der Frühförderstellen Schweinfurt und Nüdlingen.

Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales begleitet.

Zuerst besuchten die beiden Landtagsabgeordneten die Frühförderstelle der Lebenshilfe Schweinfurt. Vor Ort wurden Sabine Dittmar und Diana Stachowitz von der Leiterin der Frühförderstellen in Schweinfurt und Nüdlingen, Irma Karl, durch die Räume der Einrichtung in der Schweinfurter Rosengasse geführt. Karl berichtete von der Arbeit ihrer Teams. In beiden Frühförderstellen werden pro Jahr rund 460 Kinder mit Behinderungen, Entwicklungsstörungen oder -verzögerungen durch Pädagogen, Logopäden, Physio- und Ergotherapeuten betreut und gefördert. Insgesamt zeigte sich Irma Karl mit der derzeitigen Situation der Frühförderstellen zufrieden. Karl merkt jedoch an, dass der 2006 geschlossene Rahmenvertrag für Interdisziplinäre Förderstellen zu gravierenden Einschnitten und eng kalkulierten Entgeltsätzen geführt habe. Diana Stachowitz, die selbst gelernte Erzieherin ist, versprach diese Problematik im Landtag anzusprechen und merkte an, dass die Qualität der Betreuung unbedingt gehalten werden bzw. noch verbessert werden müsse.

Auch ein sportpolitisches Fachgespräch stand auf dem Programm. Als stellvertretende Vorsitzende des Landessportbeirates und sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion wollte Diana Stachowitz wissen, mit welchen Sorgen und Nöten die Sportvereine hier vor Ort zu kämpfen haben. Gleich bei der Begrüßung nahm Michael Stich, der Vorsitzende des SG Franken 06 Sennfeld dies auf und berichtete von der Schwierigkeit, die Plätze und Anlagen im Vereinsbesitz zu erhalten



Die beiden Landtagsabgeordneten im Gespräch mit Auszubildenden der SKF Schweinfurt

RegionalTour zum Thema Gesundheit

Eine weitere RegionalTour führte Sabine Dittmar mit Ihrem Kollegen Dr. Paul Wengert durch das Allgäu. Im Rahmen von Wengerts „RegionalTour Gesundheit“ machten die beiden Landtagsabgeordneten Station in Kempten. Zum Thema „Jugend und Alkoholprävention“ holte sich Dr. Wengert Fachkräfte aus der Praxis um von deren Erfahrungen und Projekten zu lernen.

SPD-Gesundheitsexpertin Sabine Dittmar informierte über Anträge zur Alkoholprävention, die die BayernSPD dem Landtag vorgelegt hat, wie beispielsweise das viel diskutierte nächtliche Verkaufsverbot von Alkohol an Tankstellen oder das Verbot von Flatrate-Partys und den Einsatz von Testkäufern. Thomas Baier-Regnery gab als Vertreter der Stadt Kempten Auskunft über Präventionsmaßnahmen und Projekte der Stadt. Als Beispiel nannte er die Kampagne „Leben statt schweben“, die sich an die Eltern von suchtabhängigen Kindern und Jugendlichen richtet, da es präventiv wichtig sei, das soziale Umfeld der Heranwachsenden zu stärken.

Sabine Dittmar berichtete vom Projekt „HaLT - Hart am Limit“, das in Schweinfurt erfolgreich angewandt wird und sich an

Jugendliche richtet, die mit Alkoholvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Sozialpädagogen der Suchthilfe versuchen dabei, unter Einbeziehung der Familie, die Jugendlichen vor einem Abrutschen in die Alkoholsucht zu bewahren. Die Jugendlichen sollen ihren Alkoholkonsum reflektieren und einen angemessenen Umgang mit Alkohol erlernen. Jedes Jahr landen rund 26.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland mit einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus. Diese Zahl zeigt, wie wichtig solche Projekte sind. Sabine Dittmar machte deutlich, dass Todesfälle bei legalen Suchtmitteln siebenmal häufiger sind als bei illegalen und forderte: „Neben aller Prävention brauchen wir angesichts des exzessiven Alkoholkonsums auch ordnungspolitische Maßnahmen“. Die Meldepflicht ans Jugendamt, wenn Jugendliche wegen übermäßigem Alkoholkonsum ins Krankenhaus eingeliefert werden, sieht die Ärztin Dittmar dagegen kritisch: „Oft sind es alkoholisierte Freunde, die den Betrunkenen in eine Klinik bringen. Da es einen Eintrag in eine Akte gibt, haben die Jugendlichen Angst und holen die medizinische Hilfe eventuell zu spät“.

Für Guido Seltmann vom Jugendamt des Landkreises Oberallgäu besteht Bedarf, das Freizeitangebot für Jugendliche zu verbessern, da viele auch aus Langeweile oder auf Grund von fehlenden Perspektiven trinken. Er bedauert dass die personellen Ressourcen für das „HaLT-Projekt“ im Oberallgäu fehlen. Als Facharzt für Jugend und Kinder am Klinikum Kempten berichtete Dr. Oliver Götz über seinen Klinikalltag mit alkoholisierten Jugendlichen. Er betonte dabei, dass sich Erwachsene ihrer Vorbildfunktion bewusster werden müssen, da sich die Heranwachsenden beim Umgang mit Alkohol an ihnen orientieren.



RegionalTour im Stimmkreis von Reinhold Strobl



Im Rahmen der Regionaloffensive war Sabine Dittmar als SPD-Verbrauchersprecherin mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Reinhold Strobl im Landkreis Amberg-Weizsach unterwegs. Dort besuchten beide das Auerbacher Krankenhaus.

Die Genehmigung der Akutgeriatrie in der Auerbacher St.-Johannes-Klinik wird laut Ärztlichem Direktor Dr. Karl Hilgarth nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die notwendigen Voraussetzungen wurden bereits geschaffen. Ein geriatrisches Team mit Fachärzten für Geriatrie steht bereit und das

erarbeitete Konzept wurden dem Gesundheitsministerium in München bereits vor einigen Wochen vorgelegt. Sabine Dittmar merkte an, dass durch den beschlossenen Mehrleistungsabschlag von 30 % die Wirtschaftlichkeit mancher Akutgeriatrie nicht mehr gewährleistet ist.

Auch die von den Krankenhäusern im Landkreis und den niedergelassenen Ärzten gestartete Weiterbildungsoffensive, wurde von Sabine Dittmar, die selbst Ärztin ist, sehr gelobt. Gleichzeitig verwies Dittmar auf die Anträge der SPD zur Sicherung der ambulanten Versorgung und zur Novellierung des Bedarfsplanes, die beide leider von der Koalition abgelehnt wurden.

Anschließend stand ein Besuch bei der Verbraucherzentrale auf dem Programm. Dabei ging es um Themen wie Betrug im Internet aber auch Verbrauchertäuschung und Kennzeichnungspflicht. Den Abschluss machte eine Diskussionsrunde mit Hausärzten.

Gift in Kinderspielzeug: Chance verpasst

Als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, bedauerte Sabine Dittmar ausdrücklich das Abstimmungsverhalten der Vertreter von CSU, FDP und Freien Wählern im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit. Diese drei Fraktionen lehnten einen SPD-Antrag ab, der laut Dittmar dazu beigetragen hätte, endlichen einen wirksamen Schutz unserer Kinder vor Gift in Spielzeug auf den Weg zu bringen.



„Anstatt dass die Bayerische Staatsregierung im Rahmen einer Bundesratsinitiative die Chance genutzt hätte, giftige Chemikalien sowie krebserregende, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Stoffe (wie zum Beispiel PAK; CMR-Stoffe, Schwermetalle, Formaldehyd) aus Spielzeug im Rahmen eines nationalen Verbots zu verbannen, geht man den bequemsten Weg und schiebt die Verantwort-

ung nach Brüssel“, beklagt Sabine Dittmar. Dass dringender Handlungsbedarf im Hinblick gestiegener Krebszahlen bei Kindern angesagt ist, bestätigt auch das Bundesinstitut für Risikobewertung. Leider hat die Regierungskoalition in Berlin sich ausdrücklich gegen nationale Maßnahmen ausgesprochen. Bayern hätte dies mit einer Bundes-

ratsinitiative korrigieren können. Diese Chance wurde jedoch verpasst.

Wie nationale Verbote aber durchaus erfolgreich sein können, zeigt das Beispiel Dänemark. Hier gilt schon seit einiger Zeit ein nationales Verbot von Bisphenol A, einem krebserregenden Stoff, der leider noch immer in Gegenständen zu finden ist, die für Kinder gedacht sind. Sabine Dittmar sagte dazu: „Letzte Woche zog nun auch die EU-Kommission nach, allerdings nur für Babysaug-

flaschen nicht für Schnuller. Die Logik dieser Entscheidung erschließt sich mir nicht.“

Den Wortlaut des Antrages finden Sie unter :

[www.bayern.landtag.de/ Dokumente](http://www.bayern.landtag.de/Dokumente)

Drucksache 16/ 6311

DSL-Ausbau vorantreiben

Das Bayerische Breitbandförderprogramm muss verbessert werden, um endlich die weißen Breitband-Flecken im ländlichen Raum zum Verschwinden zu bringen. Erst Ende November ging es im Landtag um Verbesserungen bei diesem Förderprogramm. Bislang hatte der zuständige Minister Martin Zeil diese SPD-Forderung stets abgelehnt, nun wird doch über eine Modifizierung des Programms im Kabinett diskutiert.

Ende 2010 wurde das befristete Förderprogramm sang- und klanglos bis Ende 2011 verlängert. Bei der letzten Plenardebatte zu diesem Thema kündigte Minister Zeil an, das Programm "wegen seines großen Erfolges" auch künftig verlängern zu wollen.

Grund der angestrebten Verlängerung ist aber das genaue Gegenteil. Weil das Programm nicht funktioniert, weil die Kommunen wegen der nicht passenden Förderbedingungen viel zu wenig Geld abrufen können, will der Minister das Programm verlängern.

Die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb nicht von ihrer Forderung nach einer Novellierung des Breitbandförderprogramms abrücken:

- Die maximale Fördersumme pro Kommune muss auf 500.000 Euro erhöht werden.
- Weg vom Ausschreibungszwang, die billigste Lösung zu nehmen. Hin zu einer Vorschrift, die die beste Lösung für die Kommune vor Ort ermöglicht.
- Förderung der Leerrohrverlegung, wie dies jetzt in Einzelfällen durch Mittel aus dem Konjunkturpaket möglich war.
- Übernahme des Breitbandausbaus in staatliche Verantwortung.

Breitband ist die Telefonie des 21. Jahrhunderts und muss damit Bestandteil der Daseinsvorsorge sein. Bei erwiesenem Marktversagen darf der Staat sich nicht vor seiner Verantwortung für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger drücken. Hierfür wird sich die SPD-Landtagsfraktion weiterhin einsetzen.



Erneuerbare Energien & EEG – Vorurteile und Fakten

In Deutschland wird die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert. Durch das EEG erhalten private oder gewerbliche Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen für Strom, den sie selbst nicht benötigen und daher in das allgemeine Netz einspeisen, eine Vergütung. Das Gesetz erwies sich sowohl ökologisch als auch ökonomisch als derart erfolgreich, dass weltweit bereits 45 Länder seine Grundsätze übernommen haben. Dennoch wird immer wieder versucht, Stimmung gegen das EEG, aber auch ganz allgemein gegen die Erneuerbaren Energien zu machen. Nachfolgend werden den Behauptungen die Fakten gegenübergestellt.

Behauptung:

Das EEG ist für die hohen Strompreise verantwortlich.

Fakten:

In der Diskussion um die Strompreise werden häufig die Erneuerbaren Energien als Kostentreiber gebrandmarkt. Die Umlage für den Ausbau der Erneuerbaren Energien wird laut Prognose der Stromwirtschaft im Jahr 2011 rund 3,5 Cent je Kilowattstunde (kWh) betragen. Das bedeutet einen Anstieg um etwa 1,5 Cent gegenüber 2010. Der Stromverbrauch eines durchschnittlichen Drei-Personen-Haushalts in Deutschland beträgt pro Jahr etwa 3.500 kWh. Das bedeutet, dass sich ein Drei-Personen-Haushalt im Jahr 2011 mit ca. zehn Euro pro Monat am Ausbau der Erneuerbaren Energien beteiligen wird. Anders ausgedrückt: Eine in einem solchen Haushalt lebende Person zahlt im Jahr 2011 etwas mehr als elf Cent pro Tag – und damit weniger als für ein halbes Brötchen beim Bäcker.

Bei einer einseitigen Kostenbetrachtung werden außerdem folgende Faktoren außer Acht gelassen, die zusätzlich einen positiven Effekt erzielen:

Vermeidung externer Kosten

Durch den zunehmenden Anteil Erneuerbarer Energien konnten im Jahr 2009 allein im Strombereich 72,4 Millionen Tonnen Treibhausgase vermieden werden

Verringerung fossiler Energieimporte aus dem Ausland

Allein im Jahr 2009 konnten so fossile Energieimporte in Höhe von 5,1 Milliarden Euro

eingespart werden.

Wegfall der Subventionen für fossile Energien und Kernenergie

Laut Berechnungen des Forums Ökologische Marktwirtschaft wurde die Kernenergie im Jahr 2008 mit 1,9 Cent/kWh, Steinkohle mit 2,5 Cent/kWh und Braunkohle mit 1,1 Cent/kWh subventioniert.

Erneuerbare tragen zur kommunalen Wertschöpfung bei

Die Erneuerbaren spülen über die Gewerbesteuer auch frisches Geld in die Kassen der Gemeinden. Im Jahr 2009 waren dies 6,7 Milliarden Euro

Jobmotor Erneuerbare Energien

Die Anzahl der Arbeitsplätze in der Erneuerbare-Energien-Branche hat sich seit 1998 verfünffacht. Mittlerweile sind hier 340.000 Menschen in Lohn und Brot. Im Jahr 2020 könnten in der Branche sogar mehr als 500.000 Menschen beschäftigt sein.

Fazit: Betrachtet man auch dessen Nutzen, so hat das EEG sogar Kosten eingespart.

Behauptung:

Die Kernenergie ist weiterhin als Brückentechnologie notwendig. Ansonsten entsteht eine „Stromlücke“, da die Erneuerbaren Energien nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen.

Fakten:

„Die Stromversorgung ist sicher – trotz Atomausstiegs und ohne in den nächsten Jahren zusätzliche fossile Kraftwerke bauen zu müssen.“ Das ist das Ergebnis der Studie „Klimaschutz und Versorgungssicherheit“ des Umweltbundesamtes. Die Studie unterstreicht damit die Position der bayerischen SPD-Landtagsfraktion. Die Erneuerbaren Energien in Deutschland wachsen rasant. Im Jahr 2009 lag der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bereits bei 16,3 Prozent. Bis zum Jahr 2020 ist nach konservativen Branchenprognosen ein Anteil von 47 Prozent möglich. Hinzu kommt: Deutschland ist seit 2002 Stromexporteur, d.h. wir haben hierzulande enorme Stromüberschüsse. Die angebliche Stromlücke ist eine Stromlüge und lediglich billige Panikmache.

Behauptung:

Mit Erneuerbaren Energien kann die Versor-

gungssicherheit nicht gewährleistet werden, da die Stromspeisung aus Wind und Sonne schwankt.

Fakten:

Wind und Sonne gibt es zwar nicht immer, aber immer irgendwo. Der Netzbetreiber kann die Strommenge sowie Zeit und Ort der Einspeisung aufgrund von meteorologischen Prognosen sehr präzise berechnen. Verschiedene dezentrale und breit gestreute Erneuerbare-Energien-Anlagen können sich gegenseitig ausgezeichnet stützen und ergänzen. Wenn Wind und Sonne wetterbedingt einmal nicht in ausreichendem Maße Strom liefern, können Biomasse, Wasserkraft und Geothermie jederzeit einspringen, da diese auch Grundlaststrom liefern können.

Behauptung:

Der Anteil der Kernenergie am Strommix in Bayern ist derart hoch, dass dieser in absehbarer Zeit nicht durch Erneuerbare Energien gedeckt werden kann.

Fakten:

Elektrizitätswirtschaftlich sind im derzeitigen System selbstverständlich mitnichten Ländergrenzen, sondern Versorgungsgebiete und Stromtransportkapazitäten der großen Verbundunternehmen von Belang. Tatsächlich geht es um einen weiträumigeren Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch. Läge Gündremmingen nur wenige Kilometer weiter westlich, also in Baden-Württemberg, so änderte sich zwar an der Stromversorgung in Bayern nichts, die Menge an in Bayern produziertem Atomstrom wäre jedoch nur noch etwa halb so groß. Die Auswirkungen der Abschaltung von Kernkraftwerken sind daher deutschlandweit und nicht nur auf Länderebene zu betrachten.

Deutschland wie auch Bayern sind Stromexporteure, d.h. momentan gibt es hierzulande enorme Stromüberschüsse. Alleine im ersten Quartal 2010 belief sich der Stromexportüberschuss deutschlandweit auf mehr als neun Milliarden Kilowattstunden, obwohl die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel aufgrund von Störfällen stillstanden. Das von der CSU immer wieder beschworene Szenario, dass Bayern im Falle des Atomausstiegs Strom aus dem benachbarten Ausland – womöglich gar aus dem tschechischen Kernkraftwerk Temelín – importieren müsse, entbehrt also jeglicher Grundlage.

**Behauptung:**

Die fossilen Energieträger reichen noch sehr lange. Daher ist ein rascher Umstieg auf Erneuerbare Energien nicht notwendig.

Fakten:

Selbst nach optimistischen Schätzungen sind die Reserven der fossilen Energieträger bald vollständig erschöpft. Bei gleich bleibendem Verbrauch – das heißt kein Anstieg des weltweiten Energieverbrauchs incl. wirtschaftlich schnell aufsteigender Länder wie China, Indien etc. – werden die Reserven bei Kohle auf 95 Jahre, bei Erdgas auf 70 Jahre, bei Uran auf 67 Jahre und bei konventionellem Erdöl auf 42 Jahre geschätzt.

Behauptung:

Solarenergie lohnt sich nur in Südeuropa und Afrika.

Fakten:

In Deutschland liegt die jährliche Sonnen-

einstrahlung pro Quadratmeter zwischen 900 und 1.200 kWh. Das ist zwar weniger als in Südeuropa oder Afrika, jedoch völlig ausreichend, um einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung in Deutschland zu leisten.

Behauptung:

Windkraftanlagen verschandeln die Landschaft und belästigen die Anwohner durch Lärm und Schattenschwurf.

Fakten:

Noch um das Jahr 1900 waren Windräder hierzulande weit verbreitet. Allein in Nordwestdeutschland gab es etwa 30.000 Windmühlen. In einer Entfernung von 200 Metern ist ein modernes Windrad bei vollem Betrieb ca. 45 Dezibel laut und damit so laut wie eine normale Unterhaltung. Bei den Vorgaben zur Standortplanung beträgt der Abstand zu Wohngebieten aber üblicherweise nicht 200 Meter, sondern sogar 500 bis 1.000 Meter. Der bewegte Schatten eines Windrades darf

nicht länger als 30 Stunden im Jahr auf Ihr Haus fallen. Das bedeutet im Schnitt weniger als fünf Minuten pro Tag. Schattenschwurf kann sogar vollständig vermieden werden, wenn dies bei der Planung der Standortwahl berücksichtigt wird.

Durch ihren rasanten Aufstieg sind die Erneuerbaren Energien für die Stromkonzerne zur lästigen Konkurrenz geworden. Jede Solaranlage, die von privater Seite ans Netz geht, schmälert den Gewinn der Konzerne. Nur aus diesem Grund werden die hier wiederlegten Vorurteile von Schwarz-Gelb verbreitet, die sich von der Atomlobby haben beeinflussen lassen. Es geht aber durchaus ohne Atomstrom, der neben den Risiken durch Kernkraftwerke auch eine völlig ungelöste Endlagerfrage für Tausende Tonnen hochradioaktiven Atommüll bedeutet.

Die Chronologie der Landesbank

- Juli 2006 Eine Analystengruppe der **BayernLB** setzt sich erstmals mit dem **Erwerb der Hypo Group Alpe Adria (HGAA)** auseinander. Sie benennt alle schon damals bekannte Gefahren und rät zu einer besonders intensiven Prüfung.
14. Dezember 2006 Der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Werner Schmidt, informiert die damaligen Verwaltungsräte Finanzminister **Kurt Faltlhauser** und Sparkassenpräsident **Siegfried Naser** von der Möglichkeit, die Mehrheit an der HGAA zu erwerben.
20. März 2007 Der **Verwaltungsrat der BayernLB ermächtigt den Vorstand**, ein Kaufangebot für die HGAA vorzulegen.
3. April 2007 Der Vorstand der BayernLB beschließt einen **Kredit in Höhe von 300 Millionen Euro** für die **Investorengruppe um Tilo Berlin**, damit diese eine Sperrminorität an der HGAA erwerben kann. Dies bedeutet, dass die BayernLB den Investoren Anteile an der Bank abkaufen möchte, die diese bis zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht besitzt.
9. April 2007 Die von der BayernLB beauftragten **Kanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften** erhalten Zugang zum sog. Datenraum der HGAA, der Geschäftsgeheimnisse und sensible Daten enthält. **Bereits in dieser ersten Phase der Prüfung wird der schlechte Eindruck der ersten Analyse bestätigt.**
23. April 2007 Nachdem er den Vorstand der BayernLB drei Tage zuvor ermächtigt hat, Aktienanteile zu kaufen, **stimmt der Verwaltungsrat dem Kauf der Mehrheit an der HGAA zu**. Der Verwaltungsrat beschließt **ohne die Kaufverträge auch nur gesehen zu haben**. Kritische Nachfragen bleiben aus, notwendige Informationen werden nicht angefordert. **Parallel zu den Verhandlungen setzt die CSU-Mehrheit im Landtag eine Kapitalerhöhung bei der BayernLB in Höhe von 500 Mio durch**. Der Freistaat übernimmt davon 250 Mio. Euro.
24. April 2007 Die **Bayerische Landesbank bietet 1,6 Mrd. Euro** für 50% plus einer Stimme an der HGAA. Das Angebot geht von einem Unternehmenswert von 3, 4 Mrd. Euro aus. **Gutachten bewerten die Bank viel niedriger.**
18. Mai 2007 Die Wirtschaftsprüfer Ernst & Young legen einen Bericht aus dem Datenraum vor. **Die Wert der HGAA wird mit 2,5 Mrd. Euro angesetzt und liegt damit weit unter dem Kaufpreisangebot der BayernLB.**
22. Mai 2007 Der **Kaufvertrag** zwischen der BayernLB und der Kärntner Landesholding, dem Hauptanteilseigner der HGAA, **wird unterzeichnet**. Zu diesem Zeitpunkt ist die zweite Datenraumphase noch nicht abgeschlossen. Von einer „Intensivprüfung“ kann also keine Rede sein. **Der Kaufvertrag gilt mit 23 Seiten als für die Branche außergewöhnlich dünn und enthält praktisch keine branchenüblichen Garantieverpflichtungen**. Eine etwaige Preisreduzierung wegen nachträglich auftauchenden Schwächen und Problemen wird ausgeschlossen. **Das Risiko liegt also vollständig bei der Bayerischen Landesbank.**
23. Mai 2007 Der Verwaltungsrat tagt. Der Vorstand berichtet über den Abschluss der Kaufverträge. Was die Prüfung der Bank im Datenraum ergeben hat, ist nicht Gegenstand der Sitzung. **Es gibt keine kritischen Nachfragen seitens der Verwaltungsräte**. Zu diesem Zeitpunkt liegt bereits ein erster Prüfbericht von Ernst & Young vor. **Der Bayerische Landtag wird nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen.**
14. Juni 2007 Die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young legen den endgültigen Bericht über die Ergebnisse im Datenraum vor. **Die Kritik wird aufrechterhalten. Der Verwaltungsrat reagiert auch jetzt nicht.**
3. Juli 2007 Der damalige Staatsminister Faltlhauser unterrichtet den Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags über den Erwerb der HGAA. Laut Protokoll verharmlost er den kritischen Prüfbericht der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) vom 25. Mai 2007, der darauf hinweist, dass es bei der HGAA praktisch keine Kreditaufsicht gäbe.
11. Juli 2007 Die kroatische Nationalbank HNB, aufgrund zweier kroatischer Tochterunternehmen mitzuständig, genehmigt der BayernLB den Erwerb der HGAA nicht. Sie begründet das mit früherem Geschäftsgebaren der BayernLB. **Daraufhin übt der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber massiven politischen Druck aus und droht mit einer Verschlechterung der bayerisch-kroatischen Beziehungen**. Letztlich erhält die BayernLB die Genehmigung.
9. Oktober 2007 Das „Closing“ findet statt. Damit sind alle Vertragsbedingungen erfüllt. **Verwaltungsrat und Staatsregierung haben monatelang zahlreiche Warnhinweise verdrängt**. Der ehemalige Ministerpräsident Stoiber hat durch seine diplomatische Mission in Kroatien die Erfüllung des Kaufvertrags maßgeblich vorangetrieben.

5. Dezember 2007 Nur einen Monat nach dem Closing wird offenkundig, dass die Kapitalausstattung der HGAA auf ein bedrohliches Maß zusammengeschmolzen ist. **Die BayernLB als Hauptaktionär stimmt einer Kapitalerhöhung von rund 600 Mio. Euro zu**, von denen sie 441,3 Mio. trägt. Die BayernLB besitzt damit 57,31 % der Bank.
2. April 2008 Die SPD im Haushaltsausschuss des Landtags erklärt sich gegen eine Kapitalerhöhung bei der HGAA.
16. Dezember 2008 Die SPD befragt Finanzminister Georg Fahrenschon im Plenum des Bayerischen Landtags nach Hintergründen einer weiteren geplanten Kapitalerhöhung in Höhe von 700 Mio. Euro. Es geht darum, ob das Rettungspaket in Höhe von 10 Mrd. Euro für die Stabilisierung der schwer angeschlagenen BayernLB damit nicht zweckentfremdet wird. Fahrenschon antwortet nicht.
27. Mai 2009 Die von Staatsminister Georg Fahrenschon beauftragte **Wirtschaftsprüferin Corinna Linner stellt einen Bericht fertig, der der BayernLB und dem Verwaltungsrat schwere Versäumnisse und die Vernachlässigung der Sorgfaltspflichten vorwirft**. Auf Druck des Verwaltungsrats zieht sie einen Monat später ihre Schlussfolgerungen zurück.
29. Juli 2009 Finanzminister Fahrenschon und Vorstand Michael Kemmer weisen Befürchtungen **vor neuen Milliardenrisiken bei der BayernLB** klar zurück.
14. Oktober 2009 **Staatsanwaltschaft, Polizei und LKA durchsuchen Räume der BayernLB und HGAA** in München, Österreich und Luxemburg. Gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Werner Schmidt wird wegen Verdacht auf Untreue ermittelt.
- November 2009 Die BayernLB gibt bekannt, dass sie wegen hoher Risikovorsorge und Wertberichtigungen bei der **HGAA 2009 einen Verlust von mehr als 1 Mrd. Euro erwartet**.
14. Dezember 2009 Nachdem Ministerpräsident Horst Seehofer bereits eine Absage an weitere Hilfen für die HGAA erteilt hat, wird die HGAA verstaatlicht. **Die BayernLB verkauft ihre Anteile zum symbolischen Preis von einem Euro**. Finanzminister Fahrenschon hat dabei die Folgen für eine mögliche Rückabwicklung offenbar nicht bedacht.



LEISTUNG UND LEIDENSCHAFT



Bayerischer Landtag
Abgeordnete SABINE DITTMAR

Bürgerbüro:
Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971 / 699 49 49
Fax: 0971 / 699 49 50
Email: kontakt@sabine-dittmar.com

www.sabine-dittmar.com

Bürozeiten:
Mo, Di 09.00—15.00 Uhr
Mi, Do 09.00—17.00 Uhr
Fr. 09.00—14.00 Uhr



Die Teilnehmer der Landtagsfahrten im September 2010 und im Dezember 2010



*Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen,
die dem Leben seinen Wert geben.*

W. v. Humboldt



Ganz herzlich möchte ich mich auf diesem Wege für die vielen guten
Gespräche und die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Auch für
das kommende Jahr hoffe ich auf ein gutes Miteinander.

Ich wünsche Euch und Euren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest

Impressum:
Die LandtagsNotizen erscheinen in unregelmäßigen Abständen.
Verantwortlich i.S.d.P.: Sabine Dittmar, MdL,
Spargasse 10, 97688 Bad Kissingen
Tel.: 0971/ 699 4949 Fax: 0971/ 600 49 50
Redaktion: Sabine Dittmar, Karen Pohle,
Michael Frank